BREMISCHE BÜRGERSCHAFT **Drucksache 20/1267**
Landtag **07.12.21**
20. Wahlperiode

Kleine Anfrage der Fraktion der CDU

Bestrebungen zur kontrollierten Abgabe von Cannabis im Land Bremen

Seit Jahren gibt es in Bremen immer wieder Vorstöße für die kontrollierte Abgabe beziehungsweise Legalisierung von Cannabis. Bisher fand sich für die Legalisierung jedoch auf Bundesebene keine Mehrheit. Unter einer von der wahrscheinlichen Ampel-Koalition getragenen Bundesregierung wächst allerdings nun die Chance, dass das Vorhaben tatsächlich umgesetzt werden könnte und das Land Bremen dann nachzieht. Seit Wochen ist das Thema „Legalisierung von Cannabis“ aufgrund der andauernden rotgrüngelben Sondierungs- und Koalitionsgespräche in Berlin Gegenstand der Diskussionen in den Medien. Es scheint nun so, als hätten sich die möglichen zukünftigen Koalitionäre bei dem Thema geeinigt, es soll künftig eine kontrollierte Abgabe von Cannabis in lizenzierten Geschäften an volljährige Menschen erfolgen dürfen. In Bremen hatte die rotgrünrote Regierung zuletzt 2020 erfolglos ein Modellprojekt für die kontrollierte Abgabe von Cannabis beschlossen. Im selben Jahr ist darüber hinaus noch die straffreie Menge für den Konsum von Cannabis im Land Bremen erhöht worden. Statt wie bis 2020 üblich sechs Gramm, darf man seither bis zu zehn Gramm für den Eigenbedarf besitzen ohne strafrechtlich verfolgt zu werden. Bei einem Besitz bis zu fünfzehn Gramm kann noch von einem Verfahren abgesehen werden.

Die absolute Legalisierung von Cannabis wäre natürlich ein noch weiterer Schritt in eine Richtung, die nach wie vor in Teilen der Wissenschaft, Gesellschaft und Politik kritisch gesehen wird. Auch juristisch betrachtet gibt es für ein solches Projekt immer noch einige Hürden. Rechtliche Unklarheiten sehen Experten zum Beispiel bezüglich der Regeln für Autofahrer und auch für die Abgabe des Stoffs durch die Apotheken, denn dafür müsste das Betäubungsmittelgesetz geändert werden. Die Polizeigewerkschaften sehen das Bestreben auf Bundesebene ebenfalls sehr kritisch. Man befürchtet, dass gerade bei Jugendlichen der Konsum von Cannabis zu erheblichen Gesundheitsproblemen und sozialen Konflikten führen könnte und gerade auch im Straßenverkehr massive Probleme zu erwarten sind.

Die erklärten Gründe und wiederkehrenden Argumentationslinien, Cannabis zu einem legalen Suchtmittel machen zu wollen, sind vielfältig: Ob die Freilegung von Kapazitäten bei den Strafverfolgungsbehörden, die Austrocknung des Schwarzmarktes oder die generelle positive Verbindung von Cannabiskonsum mit einer bestimmten Lebenseinstellung. Es darf jedoch bezweifelt werden, dass man durch Teil-Legalisierungen Kapazitäten bei den Verfolgungsbehörden freisetzen würde. Bei dem seit langem anhaltenden derzeitigen Personalengpass der Bremer Polizei wäre das zwar wünschenswert, jedoch beinhaltet schon der Begriff „Kontrollierte Freigabe“, dass es sehr wohl Kräfte geben muss, welche die Einhaltung dringend notwendiger Begrenzungen überwachen. Auch andere Länder haben gezeigt, dass es ein Trugschluss ist zu glauben, den illegalen Cannabismarkt mit der Legalisierung oder Duldung stillzulegen. Beispielsweise in Portugal oder den Niederlanden zeigt sich, dass es quasi keinerlei Effekt auf den illegalen Schwarzmarkt hatte.

Auch die Drogenbeauftragte der Bundesregierung hat jüngst Alarm geschlagen, da immer mehr Jugendliche Cannabis konsumieren. Es gibt zudem Studien, die zeigen, dass der früh einsetzende, lange anhaltende Cannabinoid-Gebrauch bei Jugendlichen, vermutlich wegen der noch nicht abgeschlossenen Hirnentwicklung, schwerwiegende Folgen haben kann. Der Konsum der sogenannten weichen Droge wird dennoch weiterhin vielfach verharmlost.

Welche Konsequenzen, Chancen aber auch Risiken eine Erleichterung des Erwerbs beziehungsweise die vollständige Legalisierung von Cannabis für Bremen hätte, gilt es daher detailliert im Vorwege zu ergründen.

Vor diesem Hintergrund fragen wir den Senat:

1. Wie bewertet der Senat den Vorstoß der Ampelkoalition auf Bundesebene, die kontrollierte Abgabe von Cannabis zu ermöglichen?
2. Welche gesundheitlichen Folgen hat ein jahrelanger Cannabiskonsum für Menschen?
3. Wie viele Cannabiskonsumenten im Land Bremen weisen eine Cannabisabhängigkeitserkrankung auf?
4. Wie viele Menschen werden jährlich ambulant und stationär im Land Bremen aufgrund der Folgen von Cannabiskonsum, beispielsweise wegen einer Psychose, behandelt?
   a) Welche Therapien werden grundsätzlich angewendet?
   b) Welche Kosten entstehen dadurch jährlich im Land Bremen?
5. Welche Konsequenzen hatte und hat die Coronapandemie auf das Bremer Suchthilfesystem?
6. Inwieweit ist es geplant, das Bremer Suchthilfesystem durch zusätzliche präventive Maßnahmen und Angebote zu stärken?
7. Wie viele Menschen starben in den vergangenen fünf Jahren im Land Bremen an den Folgen des Konsums von Drogen?

   Wie viele Personen davon waren unter 18 Jahre alt?
8. Wie schätzt der Senat die Risiken für Angehörige von Drogenkonsumenten ein, beispielsweise durch Gewalttaten unter Drogeneinfluss, Passivkonsum, Kindeswohlgefährdung et cetera.
9. Wie bewertet der Senat die kürzlich getroffene Einschätzung der Drogenbeauftragten des Bundes, dass immer mehr junge Menschen in Deutschland Cannabis konsumieren? Welche Risiken sind damit verbunden?
10. Wie viel Prozent der Jugendlichen, von 12 bis 18 Jahren, im Land Bremen, konsumieren nach Kenntnis des Senats regelmäßig Cannabis? Wie viel Prozent dieser Jugendlichen steigen nach Kenntnis des Senats daraufhin auf andere Drogen um und auf welche insbesondere?
11. Welche Konsequenzen erwartet der Senat für Bremen bei der Legalisierung von Cannabis?
12. Welche Auswirkungen hatte das Heraufsetzen der Freimenge für den Konsum und Besitz von Cannabis im Land Bremen auf die Strafverfolgungsbehörden?
13. Welche Folgen hat die Legalisierung von Cannabis für die Strafverfolgungsbehörden im Land Bremen nach Einschätzung des Senats und welche Erkenntnisse hat der Senat aus anderen Ländern zu den Auswirkungen der Legalisierung auf (Beschaffungs)-Kriminalität? Ist eine Personalaufstockung, beispielsweise für Verkehrskontrollen, geplant?
14. Welche Schlüsse zieht der Senat aus der Legalisierung von Cannabis in anderen Ländern beispielsweise in Portugal oder den Niederlanden und

die Folgen für den Schwarzmarkt? Welche Konsequenzen erwartet der Senat für die Entwicklung des Schwarzmarktes im Land Bremen bei der Legalisierung von Cannabis?

Sina Dertwinkel, Christine Schnittker, Heiko Strohmann
und Fraktion der CDU